

Band 44

Grundlagen
der Sozialen Arbeit

Marc Hill / Caroline Schmitt (Hrsg.)

Solidarität in Bewegung

Neue Felder für die Soziale Arbeit





Grundlagen der Sozialen Arbeit

Band 44

Solidarität in Bewegung

Neue Felder für die Soziale Arbeit

Herausgegeben von

Marc Hill und Caroline Schmitt



Schneider Verlag Hohengehren GmbH

Grundlagen der Sozialen Arbeit

Herausgegeben von Karin Bock, Margret Dörr, Hans Günther Homfeldt,
Jörgen Schulze-Krüdener, Werner Thole

Wissenschaftlicher Beirat:

Gunter Graßhoff, Daniel Gredig, Ingrid Miethe, Martina Richter, Uwe Sander,
Matthias D. Witte, Norbert Wohlfahrt

*Alle Bände der Reihe durchlaufen vor Veröffentlichung ein
unabhängiges Peer-Review-Verfahren*

Umschlaggestaltung: Regina Herrmann, Esslingen

Veröffentlicht mit Unterstützung des Instituts für Erziehungswissenschaft der
Universität Innsbruck und der Fakultät für Kulturwissenschaften der Alpen-
Adria-Universität Klagenfurt



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an die Herausgeber*innen.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2021 im Schneider Verlag Hohengehren, 73666 Baltmannsweiler
Printed in Germany – Druck: Format Druck, Stuttgart

ISBN 978-3-8340-2161-8

© Marc Hill, Caroline Schmitt (Hrsg.)

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort

HAKAN GÜRSES

Verzicht, Synchronie, Macht 3

Einleitung

MARC HILL / CAROLINE SCHMITT

Solidarität in Bewegung. Neue Felder für die Soziale Arbeit 11

Zugänge

ALBERT SCHERR

„Das Bewusstsein dafür stärken, dass wir tatsächlich alle auf einem Planeten leben“. Ein Interview zu Solidarität, Antirassismus und der Kraft von Utopien 35

FRANK BETTINGER

Kritische Soziale Arbeit und Solidarität 48

STEFAN KÖNGETER / DAYANA LAU

Solidarität als Grenzbearbeitung in der Geschichte Sozialer Arbeit.
Das Beispiel der Settlement-Bewegung in transnationaler Sicht 66

HANNAH VON GRÖNHEIM

Solidarität und Entsolidarisierung in der europäischen Asylpolitik.
Herausforderungen für die Soziale Arbeit 89

Aktionen

CAROLA RACKETE

Es ist Zeit zu handeln!
Wir haben es mit einer Gerechtigkeitskrise zu tun 109

GUDRUN HENTGES

Kriminalisierung solidarischen Handelns in Europa am Beispiel der Seenotrettung 114

CLAUDIA LINTNER

Vom Krisendiskurs zur Alltagspraxis: Solidaritätsbewegungen und Soziale Arbeit im Fluchtcontext 135

ANDREAS KEWES

Solidarität in der frühen westdeutschen Flüchtlingsbewegung 151

Allianzen*MARKUS OTTERSBAACH*

Urbane Segregation und politische Partizipation im Stadtteil 171

JANA POSMEK

Fridays for Future – Empirische Einblicke in ein Feld gemeinschaftlichen
Aufbegehrens „ökologischer“ Subjekte 179

LAURA MORALES / THEODOR RÜBER / ANGELIKA SCHUBERT

Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit 197

MIRIAM YILDIZ

Den Umständen zum Trotz – Solidarität und Freundschaft unter Frauen
und Mädchen zweiter und dritter Generation 205

Drehbühnen*TUĞBA ÖNDER / TUNAY ÖNDER*

A wie Ayşe. B wie Babo. C wie Chabo. Postmigrantische
Entwicklungshilfe für die weiße Parallelgesellschaft 221

MICHAEL WRENTSCHUR

Grenzen öffnen und Realitäten verbinden. Potenziale politisch-partizipa-
tiver Theaterarbeit für eine solidarische Soziale Arbeit 225

VINZENZ THALHEIM

Bedingungslosigkeit. Zur konkreten Utopie einer solidarischeren
Jugendhilfe 244

MIRIAM SITTER

Partizipatives Forschen: Möglichkeiten und Grenzen des Forschens als
solidarische Praxis 262

Postskriptum*MARC HILL / CAROLINE SCHMITT*

Nach der Fahrt mit dem Riesenrad der Solidarität. Ein Ausblick 281

AUTOR*INNENVERZEICHNIS 285

Aktionen

ANDREAS KEWES

Solidarität in der frühen westdeutschen Flüchtlingsbewegung

„Die gesamte Entwicklung verlief in spontaner und unterschiedlicher Weise. Eine irgendwie geartete Animation hierzu, öffentliche Aufrufe oder Kampagnen, die verstärkte Zusammenschlüsse zugunsten von Flüchtlingen,[sic!] propagierten, gab es anfangs wohl nicht“ (Leuninger, 1992, 86).

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag bearbeitet eine frühere Episode der Solidarität mit Geflüchteten in Deutschland. Er schildert, wie Solidarität zu einer Zeit diskutiert wurde, in der viel weniger Menschen nach Deutschland flohen als z.B. in den Jahren 2015 ff.. Konkret frage ich: Wie waren die Leute solidarisch und wie sollten sie es sein? Welche Voraussetzungen hatte diese Solidarität? Wer wollte eigentlich mit wem solidarisch sein?¹

Der Beitrag beleuchtet Diskussionen zu Beginn der 1980er Jahre in Westdeutschland. Diese räumliche und zeitliche Verortung wird vorgenommen, weil sich damals Organisationsformen, NGOs, (wissenschaftliche) Reflexionsweisen und Zeitschriften entwickelten, die zum Teil heute noch existieren und politisch bedeutsam sind (so zum Beispiel die Landesflüchtlingsrate und seit 1986 *Pro Asyl*). Was damals passierte, ähnelt manchem im wiedervereinigten Deutschland der 2010er Jahre: erstens erhöhte sich seit Mitte/Ende der 1970er Jahre die Zahl der Asylbewerber*innen nach Westdeutschland signifikant auf eine bis dahin nicht gekannte Größe, was als historischer „Bruch“ in der Asylpraxis wahrgenommen wurde (Söllner, 1986, 503); zweitens wurden in dieser Zeit politische Maßnahmen wie etwa die Entwicklung des Asylverfahrensgesetzes (heute: Asylgesetz) ergriffen, die vergleichbar der politischen Reaktionen heute als Asylrechtsverschärfungen verstanden wurden (Trommer, Wagner, 2019, 123 f.); drittens entwickelten sich in dieser Zeit Topoi wie etwa *Scheinasyllant*, *Wirt-*

¹ Aus Platzgründen kann die breite Literatur zum Solidaritätsbegriff selbst nicht diskutiert werden. Ich orientiere mich an einer Bedeutungsvariante des Solidaritätsbegriffs, die Kurt Bayertz unter dem Oberbegriff der *Kampf-Solidarität* beschrieben hat: Wenn Rechte zumeist das Resultat von Kämpfen sind und gegen bestehende Strukturen durchgesetzt wurden, dann gibt es in diesen Kämpfen auch Individuen und Gruppen, die bereit sind, anderen Individuen und/oder Gruppen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu helfen, ohne das zwingend eine Gemeinschaftsbeziehung besteht. Durch diesen gemeinsamen Kampf wird Beziehung gestiftet, die zugleich als verpflichtend empfunden wird (1998, 40 ff.).

schaftsflüchtling und *Asyltourismus* (Klausmeier, 1984), die gegenwärtig wieder aktiviert werden.²

Dass dieser Aufsatz mehr bietet als lediglich einen anekdotischen Rückblick, macht nachfolgend ein breiter Literaturüberblick deutlich (Kapitel 2). Dabei wird Solidarität in Migrationsgesellschaften als etwas höchst Fragiles betrachtet, was erst im Heute wahrhaftig werden konnte. Aus diesen Betrachtungen folgernd befrage ich entsprechend mein Material danach, wer denn eigentlich in der Zeit um 1980 ff. mit wem solidarisch sein wollte und wie dies praktisch vollzogen wurde (Kapitel 3). Gerade weil die historische Forschung durchaus zeigen kann, dass bestimmte Migrationssysteme, Regime und Diskurse über große Dauer hinweg gültig bleiben und auch heute noch Akteurskonstellationen bestimmen, scheint mir diese Betrachtung wichtige Einsichten zu liefern. Die These dieses Aufsatzes ist, dass in der Beantwortung der Fragen nach dem *wie* bzw. *mit wem solidarisch sein* Haltungen zum Vorschein kommen, die durchaus ambivalent sind.³

2. Literaturüberblick

Flucht und Asyl in Westdeutschland lässt sich nicht ohne Verweis auf die asylrechtliche Vorgeschichte diskutieren: Die Bundesrepublik war das einzige Land in Europa, welches ein weitreichendes Grundrecht auf Asyl in seiner Verfassung gewährte („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, Kimminich, 1978, 64 f.). Dieses Grundrecht auf Asyl entsprang den Debatten im Parlamentarischen Rat, wo Ratsmitglieder z. T. über Fluchterfahrungen während der Nazi Herrschaft verfügten (Münch, 1992, 17 ff.). Weiterhin bedeutsam war, dass es Oppositionellen im sowjetischen Machtbereich ein Angebot zum Schutz bot – entsprechend drückte sich im deutschen Asylrecht auch ein Antikommunismus aus, der in Teilen der Gesellschaft unterstützt wurde (hierzu skeptisch: Poutrus, 2016, 863). Gleichwohl waren die Antragszahlen in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik vergleichsweise gering, Geflüchtete aus der DDR, Ungarn, der ČSSR aber

² Gleichwohl will ich nicht den Eindruck erwecken, als sei die damalige Entwicklung eine Blaupause für Entwicklungen in der gegenwärtigen Bundesrepublik, denn die Betrachtungen beziehen sich lediglich auf Westdeutschland, während in der DDR andere Diskurse und Organisationen bedeutsam waren (zur ostdeutschen Asyldebatte Poutrus, 2019, 103–159). Eine bruchlose Übertragung damaliger Diskurse und Einsichten auf heutige Debatten wäre auch deswegen problematisch, weil wichtige Organisationen damals – etwa Kirchen und Gewerkschaften – heute mit starken Bindungsproblemen zu kämpfen haben, weil Vernetzungen und Kommunikation durch Internet und Social Media heute viel unmittelbarer stattfinden können und weil die Etablierung der AfD eine zunehmende Radikalisierung in der öffentlichen und parlamentarischen Debatte bewirkt.

³ Für die Finanzierung der ersten Datenerhebungen danke ich der Fachkonferenz Soziale Arbeit an der Universität Siegen; die hier präsentierten Gedanken haben freundlicherweise der Arbeitskreis Fluchtforschung an der gleichen Universität sowie Chantal Munsch und Friederike Behr mit mir diskutiert.

auch Chile wurden mit Solidaritätsbekundungen aufgenommen (ebd., 874–880).⁴ In diesen Jahren lag die Zahl der Schutzsuchenden in Westdeutschland zwischen 2500 und 5600, lediglich in den Jahren 1969 und 1970 deutlich darüber (Poutrus, 2019, 73).

In die Jahre 1975 ff. fallen nicht nur Asylrechtsverschärfungen in der Bundesrepublik mit „insgesamt 17 größeren Gesetzesänderungen beziehungsweise rechtswirksamen Beschlüssen der Innenministerkonferenz und der Bundesregierungen“ (Poutrus, 2016, 892), sondern auch eine qualitative Veränderung innerhalb der Gruppe der Geflüchteten: Aufgrund der Herkunft (nicht mehr mehrheitlich aus Mittel- und Osteuropa) und der schieren Quantität (1980 erstmals über 100.000 Anträge auf Asyl) wurde ab Mitte der 1970er Jahre der „Eintritt ins Zeitalter der Massenflucht“ (Söllner 1986, 505) konstatiert. Zudem konnten die Geflüchteten weniger den Anspruch auf Schutz vor individueller Verfolgung geltend machen, wie es das Grundrecht auf Asyl vorsah, sondern sie erhielten z. B. als Bürgerkriegsflüchtlinge mehrheitlich einen Abschiebeschutz im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (Kleinschmidt, 2018). Genau an diesen Schutzrechten sowie dem, was nach diversen Reformen davon übrig blieb, entzündete sich eben jene Solidaritätsdebatte, die dieser Aufsatz behandelt.

Sozialpädagogische, politik- und rechtswissenschaftliche Fachliteratur der 1980er Jahre betonte die problematische psychische und soziale Situation der Geflüchteten in den Flüchtlingslagern (z. B. Reuther, Uihlein, 1985, 79 f., 106), das abwertende Framing von Flucht in der politischen Debatte (Wolken, 1986) sowie die Krise des Asylrechts sowohl in der Gesetzgebung als auch der Rechtsprechung (Franz, 1981). Insbesondere die Fragen, ob es Zuwanderungsanreize gebe (z. B. durch einen Arbeitsmarktzugang), ob und wie diese zu beschränken seien und wie sich eine Politik der Abschreckung in politische Sprache und Gesetzgebung übersetze, waren Gegenstand der damaligen Fachaueinandersetzungen. Solidarität war für die damaligen einschlägigen wissenschaftlichen Debatten nur bedingt ein Thema: so mag ein solidarisches Empfinden die Aufmerksamkeit auf Geflüchtete gelenkt haben,⁵ das Herstellen von Solidarität oder das gemeinsame Aushandeln von Zielen zwischen Geflüchteten und einer westdeutschen Zivilgesellschaft wurde aber nicht zu einem expliziten Untersuchungsgegenstand.⁶

⁴ Poutrus weist aber zugleich darauf hin, dass es gleichwohl seit den 1960er Jahren auch Debatten über Asylmissbrauch gegeben habe, etwa von Menschen aus Algerien (Poutrus, 2016, 880 ff.).

⁵ In der Literatur wird angemerkt, dass sich z. B. Jurist*innen aufgefördert fühlten, aus „Betroffenheit“ zu handeln (Kleinschmidt, 2018, 236).

⁶ So heißt es etwa in einem Text des damaligen *Pro Asyl*-Sprechers Herbert Leuninger: „Es gibt noch keine wissenschaftliche Untersuchung darüber, unter welchen Voraussetzungen sich Asylinitiativen bilden und wer sich in ihnen zusammenfindet“ (Leuninger, 1992, 86).

In der aktuellen zeitgeschichtlichen Fluchtforschung gibt es Forschungszugänge, die sich mit bestimmten Fluchtgruppen beschäftigen. In den 1970er und 1980er Jahren kamen aufgrund von nationalen Umbrüchen und Kriegen bedeutende Fluchtgruppen u. a. aus Chile (Wright, 2014), Vietnam (Bösch, 2017), Polen (Bade, 2000, 366 f.) oder der Türkei (Templin, 2018) nach Deutschland. Es wird konstatiert, dass den vietnamesischen Boatpeople anfänglich eine große praktische Solidarität unter den Deutschen gegolten habe, maßgeblich angeschoben im November 1978 durch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht von der CDU (Bösch, 2017, 18 ff.). Die Solidaritätswelle sei allerdings ab Anfang der 1980er Jahre eingebrochen. Türkische Gegner der Militärdiktatur waren insbesondere 1980 die größte Gruppe in der Asylstatistik, allerdings seien sie in den Jahren 1980 ff. pauschal mit türkischen Arbeitsmigrant*innen gleich- und einem antitürkischen Rassismus ausgesetzt gewesen (Ther, 2017, 318–345). Häufig wird Solidarität in diesen Arbeiten als eine sehr spezifische, partikulare Ressource thematisiert, die zwar durchaus transnational aufgetreten sei (etwa zwischen Exilant*innen und dem Herkunftsland), die aber insbesondere aus einer sozialen Ähnlichkeit hervorgegangen sei, etwa dem Teilen eines politischen Standpunktes im rechts-links-Schema oder der eigenen Nationalität.

Aktuelle Geschichtsschreibung, die weniger konkrete Geflüchteten Gruppen und stärker die lokale politische und rechtliche Bearbeitung von Flucht untersucht, fokussiert weniger die Herstellung von Solidarität als solcher, sondern eher die Entwicklung lokaler Protestereignisse (Kewes, 2019) oder Migrationsregime (für Berlin Borgmann, 2019; Kleinschmidt, 2018; zu Hamburg Templin, 2017). Unter dem Begriff Regime wird dabei ein Netzwerk aus Normen, Regeln, Wissen, Konstruktionen und Handlungen von institutionalisierten Akteuren gefasst (Oltmer, zitiert nach Borgmann, 2019, 48). Solidarität ist in diesen Arbeiten zwar Thema, insofern sie beispielsweise eine Norm für Akteure darstellt (z. B. das transnational agierende Netzwerk der Türkei-Solidarität, Templin, 2017, 78 f.), wird dabei allerdings als gegeben vorausgesetzt und nicht hinsichtlich ihrer Genese rekonstruiert.

In weiteren prominenten geschichtswissenschaftlichen Studien zur Geschichte der Asylpolitik in Deutschland und Europa wird weniger auf spezifische Flüchtlingsgruppen oder Regime fokussiert und dennoch Solidarität als zivilgesellschaftlich hergestellte Ressource unterbelichtet. So argumentiert Seibert (2008) recht affirmativ über die antirassistischen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre, dass diese immer schon in einen weltweiten Kampf eingebettet gewesen wären. Solcherlei Gruppen hätten sich international organisiert. Rassismus sei deren Analyse nach immer Herrschaftsinstrument zur Spaltung der Arbeiter-

klasse gewesen und nur unzureichend als eigenständige Unterdrückungsstruktur begriffen worden (ebd., 13 f.). Seiberts Analyse, dass internationale Kooperation möglich und der gemeinsam verabredete Widerstand vollzogen worden sei, unterstellt m. E. ähnlich wie die eben genannten Regime-Studien, dass Solidarität eine latent vorhandene Ressource in linken Bewegungen gewesen wäre. Dass zivilgesellschaftliche Organisationen in der Entwicklung liberalerer Migrationspolitiken in Europa von Bedeutung gewesen sind, bestätigt Ther (2017, 278) in seiner monumentalen Studie zu den Ausgeschlossenen in Europa, allerdings ohne gesonderte Berücksichtigung eines Mechanismus wie z.B. Solidarität. Ebenfalls ohne expliziten Verweis auf Solidarität diskutiert Poutrus die deutsche Asylgeschichte als „grundsätzliche Auseinandersetzung um die politisch-moralischen Grundlagen und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland“ (Poutrus, 2019, 100 f.).

Andere Sozialwissenschaften thematisieren die gegenwärtige Solidarität von und mit Geflüchteten während des und nach dem Sommer der Migration (europaweit vergleichend z.B. Della Porta, 2018). Dieser Forschungsstand ist vielschichtig: Es werden sowohl solidarische Bewegungen z.B. von Geflüchteten selbst (Odugbesan, Schwiertz, 2018) als auch für von Abschiebung bedrohten Geflüchteten beforscht (Rosenberger et al., 2018); es werden mikrosoziologische Betrachtungen des allgemeinen in-Beziehung-tretens vorgenommen (Karakayali, 2019) wie auch makrosoziologische Rekonstruktionen der entstehenden Hierarchien (Steinhilper, Fleischmann, 2016). Wagner argumentiert, dass „den Verwendungsweisen des Begriffs der Solidarität [...] das Moment der Wechselseitigkeit unter Gleichen im Dienste eines gemeinsamen Ziels gemeinsam [ist, A. K.] – auch wenn diese Gleichheit durch die Krise einer Partei temporär außer Kraft gesetzt sein kann“ (Wagner, 2019, 228). Im bürgerschaftlichen Engagement für Geflüchtete im ländlichen Raum scheint die gemeinsame Entwicklung von Zielen zu fehlen – hier weichen reziproke Verhältnisse nicht-egalitären Beziehungen, weswegen hier eigentlich nicht von Solidarität gesprochen werden könne (ebd., 239). Strenggenommen trifft diese Kritik nicht-egalitärer Beziehungen aber auch auf die vermeintlich progressiven politischen Gruppen zu, welche Seenotrettung im Mittelmeer organisieren, wie jüngst die Arbeit von Stierl zeigte (Stierl, 2019, 120).

Die zuletzt genannten Forschungen argumentieren, dass sich erst in den gegenwärtigen Protesten auch ein solidarisches Miteinander zwischen lokalen und geflüchteten Aktivist*innen entwickelt habe. Zwar scheint auch dieses Miteinander prekär und von Hierarchisierung bedroht, aber anhand der Forschung ließe sich annehmen, dass ein zur Reflexion notwendiges Wissen besser ausgearbeitet und unter den Aktivist*innen weiter verbreitet ist. An diesen Forschungsstand

anschließend stellen sich die Fragen, wie Solidarität diskutiert und geübt wurde, bevor eine latente Hierarchisierung als Gefahr erkannt wurde, und – wenngleich die historische Forschung starke Thesen über die Binnensolidarität in Gruppen entwickelt – wer mit wem Grenzen transzendierend solidarisch war.

3. Empirie

Der vorliegende Aufsatz präsentiert Zwischenergebnisse einer Forschungsarbeit zur Etablierung und Professionalisierung der nicht-staatlichen Flüchtlingssozialarbeit im Westdeutschland der 1970er und 1980er Jahre. Weil ich in diesem Kontext insbesondere die Rolle sozialer Bewegungen erörtern möchte, berücksichtige ich neben Fachliteratur und Zeitzeugeninterviews auch Archivmaterialien (Graue Literatur, Zeitschriften, Protestzeugnisse). Ziel der übergeordneten Forschungsarbeit ist es, den sozialen Sinnzusammenhang zu erschließen, in welchem die Etablierung von Flüchtlingssozialarbeit und Geflüchtetenbewegung erfolgte. Aufgrund des großen zeitlichen Abstands werden gedruckte Primärquellen gegenüber den Interviews bevorzugt herangezogen. Die gedruckten Quellen eignen sich für dieses Projekt, da sie sich in der Regel an eine ähnlich gesinnte Öffentlichkeit richten (z. B. in sozialen Bewegungen oder der *Ausländerarbeit*) und gemeinsame Haltungen und gemeinsames Wissen voraussetzen. In ihnen wird ein gemeinsamer Referenzrahmen sichtbar. Interviews ergänzen den Datenkorpus, da sie weniger eine zeitlich synchrone Beobachtung bieten, sondern eher diachron den Überblick über eine Biographie, eine Rolle oder die Entwicklung eines/einer Funktionsträgers/Funktionsträgerin innerhalb der Bewegung oder der Sozialen Arbeit beschreiben. Das Sampling solcher Interviews ist ein theoretisches: Interviews wurden bislang mit Personen aus Wissenschaft, Sozialer Arbeit, Menschenrechtsarbeit und Kirche geführt, die allesamt in der infrage stehenden Zeit in der Bewegung (z. T. recht prominent) engagiert waren.

Die nachfolgende Analyse erfolgt dem explorativen Charakter der Studie entsprechend induktiv: Anhand von einschlägigen Dokumenten und Debatten sowie detaillierten Erzählungen wird herausgearbeitet, mit welchen Verweisen, impliziten Annahmen und gegenseitigen Positionierungen gesprochen wurde.

Wie solidarisch sein?

Dem diskutierten Forschungsstand entsprechend kommt eine Reflexion über das *wie* der Solidarität in den Interviews und Quellen kaum vor. *Dass* sich jemand solidarisch verhalten habe, gilt hingegen fast schon als selbstverständlich. Beispielsweise kann nachfolgende Interviewpassage gelten. Angesprochen auf seine persönlichen Kontakte mit Geflüchteten verweist die befragte Person – ein ehe-

maliges Mitglied in einem Landesflüchtlingsrat – zunächst auf die Bedeutung seiner eigenen Wohnung als wichtiger Anlaufstelle:

„Das ist so'n richtiges Zentrum gewesen. Und ähm da waren/ da ham sich auch die Flüchtlings-äh-gruppen teilweise getroffen. Aber auch 'ne Theatergruppe, so'n alternatives Theaterprojekt. Äh auch wieder ganz viele Ausländer dabei und äh gemischt und so weiter. Und auch wieder die Themen, die da/ also das/ das passte irgendwie alles. Und ähm ja, was wir dann/ mh meine/ meine Freundin damals hat äh mittags immer 'n bisschen mehr gekocht. Und man konnte damit rechnen, da kamen Flüchtlinge, einfach da zufälligerweise eben um die Mittagszeit, um mal eben irgendwas zu fragen und blieben hängen und/ und natürlich kamen sie auch wegen des Essens. Weil das Essen, was sie da bekommen haben, äh eben gar nicht geschmeckt hat, ne? Und ähm damals gab's ja auch diese Sammelunterkünfte. Und dementsprechend war auch das Essen. Also für mich ist es/ ist es ganz wichtig, die/ den Kontakt zu haben und im Kontakt zu handeln.“ (I 3 – Flüchtlingsrat, Z. 709–729)

Wie wird Solidarität in dieser Interviewpassage angesprochen? Zunächst wird sie dargestellt als eine Art Zufallsprodukt: Menschen treffen sich in einer Wohnung – diese wird gar als ein Zentrum eingeführt, als eine Art Treffpunkt für Gleichgesinnte –, kommen aus ganz unterschiedlichen Intentionen (Theater spielen, Informationsbedarfe, Essen) und scheinen sich dort zu vergemeinschaften. Eine gewisse soziale Passung scheint notwendig gewesen zu sein, denn sowohl Themen als auch die multiethnische Zusammensetzung der Theatergruppe werden herausgestrichen. Solidarität wird symbolisiert einerseits im Zurverfügungstellen von Raum, andererseits im Essen, denn es scheint dem Erzähler selbstverständlich zu sein, dass die Verpflegung in der Sammelunterkunft unzureichend ist und das eigene (bessere) Essen mit den Geflüchteten geteilt werden soll.

Der Satzsatz ist erklärungsbedürftig: die interviewte Person ist an der Gründung des landesweiten Flüchtlingsrates beteiligt gewesen und verweist hier darauf, im Kontakt mit Geflüchteten gewesen zu sein und auch in deren Sinne gehandelt zu haben: „Im Kontakt zu handeln“ ließe sich insofern interpretieren als ein Eintreten für Rechte, welches rückgekoppelt ist an diejenigen, um deren Rechte es geht. Solidarität wird damit nicht als voraussetzungslos erzählt, sondern als das Ergebnis von alltäglichen Beziehungen. Essen und Raum geben erscheinen somit als notwendiger Bestandteil eines größeren Projektes.

Dass diese Aussage relevant ist, zeigt nachfolgendes Dokument, das einen minimalen Kontrast im Datenkorpus darstellt: Parallel zur sich entwickelnden Flüchtlingsbewegung wurde eine Strategiedebatte aufgeworfen, ob gegen Abschiebungen „stille Diplomatie“ oder „öffentliche Aufmerksamkeit“ lohne (Herding et al., 1985, 78). Der Initialtext dieser Debatte wird nachfolgend para-

phrasiert.⁷ In dem Text problematisieren die Autor*innen die Medienarbeit der Geflüchtetenbewegung: nutzt deren öffentlich proklamierte Solidarität mit (von Abschiebung bedrohten) Geflüchteten oder schadet sie diesen eher? Ein konkreter Nutzen könne darin liegen, dass sich andere von Abschiebung bedrohte Personen im Zweifelsfall auf Präzedenzfälle berufen könnten, ein Schaden hingegen trete ein, wenn ein eher „aufgeschlossener Mann in der Behörde“ das Interesse eines Ausländers gegen die (potentiell ausländerfeindliche) Öffentlichkeit nicht durchsetzen kann (ebd., 79). Diese Problemlage wird anschließend im Artikel anhand von fünf mehr oder weniger prominenten Beispielen aus Hamburg, Berlin, Frankfurt und dem übrigen Hessen illustriert, in denen sich die Erfolge nach öffentlichen Solidarisierungsaktionen unterschiedlich einstellten: So habe etwa das massive Eintreten in der Öffentlichkeit für die Philippinin Susan Aviola in Hamburg es nicht vermocht, die Abschiebung in diesem sehr prominenten Fall zu verhindern, während zeitgleich zwei weniger öffentliche Fälle in Hamburg mit humanitären Aufenthaltstiteln versehen wurden. Der Artikel spitzt dann die Solidaritätsfrage zu für Fälle, in denen die „Ausländerfreunde“ selbst „unsicher“ seien (ebd., 83): Was, wenn der Verweis auf humanitäre Ausnahmefälle andauernd Präzedenzfälle schaffe und Deutschland unter der Hand doch als Einwanderungsland erscheinen ließe? Was sei mit drogenabhängigen Ausländern⁸ und was mit kriminellen Jugendkulturen? Was der Beitrag anscheinend zu triggern versucht, ist die Grenze eines Solidaritätsempfindens: will sich jemand tatsächlich für eine Person einsetzen, die harte Drogen verkauft? Der Beitrag antwortet auf diese selbstgestellte Frage mit dem Verweis auf die öffentliche Konstruktion solcher Personen, welche „die persönliche und biographische Identität von Ausländern in einen anonymen Klumpen“ auflöse (ebd., 84). Solidarität schade nicht, aber sie stolpere über ihre eigenen Grenzen (ebd.), so lautet zusammengefasst die These des Aufsatzes. Ausländerfeindlichkeit habe erst da die Möglichkeit, diskursive Macht zu erzeugen, wo „sie auf die eigenen Grenzen der Solidarität mit Ausländern trifft, etwa die Tabus von Einwanderung, Drogen, Kriminalität und Zwischenkulturen der nationalen Identität“ (ebd., 85).

Der zitierte Beitrag beschreibt – dabei durchaus die reifizierende Sprache des Ausländerrechts und der Stammtische reproduzierend – die Schwierigkeit von Solidarität in der (medial vermittelten) Konstruktion derjenigen, die Abschiebungen fürchten müssen. Damit wird Solidarität als eine Beziehung beschrieben, die über die konkreten Interaktionspartner*innen hinaus geht und

⁷ Dieser Beitrag erschien einigen damals als derart wichtig, dass er zusätzlich zur Zeitschrift für Medienkritik *medium* in der sozialpädagogischen Fachzeitschrift *Informationen zur Ausländerarbeit* (Nr. 3/85, 75–81) abgedruckt wurde.

⁸ Damit wird nicht bloß ein Klischee angesprochen. Für eine Problematisierung innerhalb der Bewegung aus emanzipatorischer Absicht z. B. Wolff (1985).

Menschen einschließt, die den Solidarischen möglicherweise nicht unmittelbar bekannt sind. Dem Diskussionsbeitrag nach ist Solidarität auf spezifische Kompetenzen und Haltungen bei den Solidarität Übenden angewiesen: 1. Differenzierungsvermögen hinsichtlich der Biographie der auf Solidarität angewiesenen Person, 2. ein situatives Verständnis, ob eher die Diplomatie im Stillen oder die öffentliche Kampagne zielführend sind (der klammheimliche Weg sei – so der Artikel – jedenfalls nicht der einzige), 3. Standhaftigkeit gegenüber der ausländerfeindlichen Stimmung, die – wie im Fall Alviola – nicht immer das größte Problem für Solidaritätsbekundungen sein muss.

Der Aufsatz verweist damit auf eine anscheinend unsichere antirassistische Bewegung. Ähnlich dem vorherigen Interviewzitat verweist der Text auf die Gefahr, dass Asylsuchende nur als anonymer Klumpen wahrgenommen werden. Diesem Bild wird im paraphrasierten Text die konkrete Arbeit mit konkreten Menschen entgegengesetzt. Entsprechend geht es auch hier um ein „im Kontakt zu handeln“. Dass die Autor*innen aber meinten, dies in ihrem Text herausstreichen zu müssen, verweist auf eine Bewegung, in der die Nähe zu bzw. die Perspektivübernahme von Geflüchteten anscheinend brüchig war.

In dieser Hinsicht einen maximalen Kontrast im Material stellt nachfolgende Interviewpassage dar, die sich mit kollektiver Repräsentation beschäftigt. Ein Kirchenvertreter, der für eine Organisation der westdeutschen Flüchtlingsbewegung bedeutsam war, schildert folgendermaßen:

„Das gab es auch schon bei den Eritreern, ich kann mich noch gut erinnern. [...] Die hatten ja ihre Parteien, die Eritreer, und zwar verschiedene. Und da kann ich mich erinnern, dass wir da in Bonn mal zusammen mit denen demonstriert haben und uns eingesetzt haben für 'ne andere Flüchtlingsaufnahmepolitik. Ich hab' das allerdings nur bei den Eritreern erlebt. Die hatten äh ziemlich von der Heimat her ziemlich/ waren die sehr stark äh organisiert und ham sich dann auch eingebracht. Allerdings äh fehlte es dann lange, dass sie das entsprechende Verständnis der Situation hier hatten. Sie waren da dann von ihrer früheren Organisation her stärker auf das eingestellt, was sie von zu Hause aus erlebt hatten.“ (I 2 – Kirchenvertreter, Z. 1192–1206)

An der voranstehenden Darstellungsweise ist bemerkenswert, dass der Gruppe der Eritreer eine gemeinsame (Organisations-)Kultur unterstellt wird, die es ihnen erschwerte, die Situation in Deutschland zu verstehen. Es wird herausgestrichen, dass ein hoher Organisationsgrad in der Gruppe der Geflüchteten als potentiell problematisch erlebt wurde. Der letzte Satz, der Verweis auf die Erlebnisse zu Hause, mag als Deutung des Interviewpartners darauf gelesen werden, dass es Geflüchteten immer auch um eine long – distance – solidarity gegangen sei, und weniger um ein solidarisches Handeln vor Ort. In der Kritik an den starken Exilorganisationen mag sich auch eine gewisse Geringschätzung von Eigenorganisationen der Geflüchteten und Migrant*innen ausdrücken, wie sie

übrigens auch in mancher Migrationsforschung der 1980er Jahre zu finden war (Stichwort Esser-Elwert-Debatte).

Implizit wird in dieser Passage zum Ausdruck gebracht, dass die gemeinsame Entwicklung von politischen Analysen oder Zielen schwierig war. Solidarität wird hier als eine beschrieben, die sich vornehmlich in deutschen Ankunftskontexten manifestieren soll. Es wird vom Interviewpartners unterstellt, dass die Geflüchteten andere Bezugspunkte und Inhalte hatten, als er selbst. Solidarität erscheint dabei als eine zu erlernende Praxis für alle Beteiligten.

Sowohl die gedruckte Quelle als auch die Interviews zeigen, dass Solidarität als eine dargestellt wird, die erstens einen Kontakt zwischen Geflüchteten und solidarischen Aktivist*innen voraussetzt und zweitens von den Aktivist*innen Kompetenzen hinsichtlich verschiedener Rahmungen erfordert (wer wäre der „aufgeschlossene Mann in der Behörde“ oder was wäre ein „entsprechendes Verständnis der Situation hier“?). Drittens dokumentiert sich in allen drei Materialpassagen das Paradigma der Ausländerpädagogik: Die Geflüchteten werden als mit Defiziten behaftet geschildert, die solidarischen Deutschen erscheinen hingegen häufig als Wissende, Vernetzte oder Etablierte. Allen drei Passagen ist darüber hinaus viertens gemeinsam, dass sie Solidarität als eine Praxis schildern, die noch ihrer optimalen Umsetzung harret.

Mit wem solidarisch sein?

Die Frage, *mit wem* Solidarität zu üben sei, ist eine, die in den Interviews und Quellen häufiger behandelt wird als diejenige nach dem *wie*. So berichtet der oben bereits zitierte Flüchtlingsrat folgendes:

„Also die Kurden ham dann auch immer gesagt, ja, also wenn wir sie/ und so weiter. Und dass, wenn ich gefragt hätte: „Was sucht ihr, was wollt ihr aufbauen?“, da schüttelte es mich, weil ich gesagt hab: „Nein, in dem Staat will ich nicht leben“, ja? Weil/ ähm und das sind die Ziele, die ich habe, ja, weil das auch wieder Ausgrenzung war, auch wieder ähm Unterdrückung. Nur von der anderen ((lachend)) Seite dann, ne? Ja, und mir ist es egal, von welcher Seite unterdrückt wird, ähm (.) ich bin halt gegen 'ne Unterdrückung, ne?“ (I 3 – Flüchtlingsrat, Z. 624–634)

Ausgangspunkt ist eine Reflexion auf Auseinandersetzungen, welche dieser Aktivist mit kurdischen Aktivist*innen über einen zu gründeten Staat Kurdistan geführt habe. Der Zeitzeuge erzählt, er habe den Kurd*innen unterstellt, dass sie ihren Staat auf Unterscheidungen aufbauen würden, die sie anscheinend gewaltlos („Unterdrückung“) durchsetzen würden. Er hingegen habe ausgedrückt, ihre politischen Ziele nicht teilen zu können. Aus dieser Passage erfahren wir wenig über die Kooperation vor Ort. Anscheinend gab es ein Miteinander, denn die Passage wird erzählt, als habe es einen direkten Austausch zwischen dem Flüchtlingsrat und kurdischen Aktivist*innen gegeben (auch weitere Passagen

im Interview zeugen davon). Wir erfahren aber etwas über einen Konflikt: Als potentielle Unterdrücker*innen positioniert, scheint der Interviewpartner seine Gegenüber nur bedingt als solche akzeptiert zu haben, für deren Rechte er sich hätte einsetzen wollen.

Positioniert wird auch in der alternativen Türkeisolidarität der frühen 1980er Jahre. Nachfolgend wird anhand von Leser*innenbriefen in der Zeitschrift *Türkei-Information* eine Auseinandersetzung erarbeitet, welche die wechselseitigen Konstruktionen von Personengruppen zeigt, die miteinander solidarisch sein sollten. Ausgangspunkt der Debatte war der Militärputsch 1980 in der Türkei, der in der Zeitschrift, die von der politischen Organisation *Devrimci Yol* (Revolutionärer Weg) herausgegeben wird, als Kampf gegen Linke und als Sieg des von Amerika ausgehenden Imperialismus gedeutet wurde. In einer Ausgabe wird von der Organisation *Türkei-Komitee FFM* die Problemanalyse formuliert, dass deutsche Linke in Aktionen türkischer oder kurdischer Aktivist*innen – beispielsweise einem Hungerstreik – entweder nur funktionale Aufgaben übernehmen oder gar nicht erst zugegen sind. Sie halten fest:

„Verbal zu jeder Unterstützung gegen Ausländerfeindlichkeit hier und Verfolgung Oppositioneller in der Türkei bereit, reicht die sich darin vermittelnde ‚subjektive Betroffenheit‘ – das Kriterium für politisches Engagement schlechthin heute – nicht aus, die Arbeit zu den o. g. Bereichen voranzutreiben, vielmehr verschwindet sie im Sumpf moralischer Entrüstung. [...] Und für die aktive Solidarität war ebenfalls kein Blumentopf mit den Deutschen zu gewinnen.“⁹

Kritisiert wird hier, dass deutsche Linke sich lediglich auf sprachlicher Ebene solidarisch zeigten, nicht aber in der Tat. Moralische Entrüstung und subjektive Betroffenheit werden den deutschen Linken eher abschätzig zugeschrieben. Als Solidarität gilt anscheinend weniger das empathische Mitfühlen oder das Kritisieren, sondern nur der gemeinsam vollzogene Protest. Die in dieser Analyse liegende Schärfe gegenüber deutschen Linken wurde in der anschließend aufkommenden, per Leser*innenbriefe geführten Debatte unterschiedlich beantwortet. So schrieb ein *Haydar* aus Hamburg: „Auch Deutsche müssen von uns geführt werden, denn in unserem Land werden Zehntausende ermordet. [...] An den die Türkei betreffenden Aktionen können nur ganz bestimmte Deutsche teilnehmen.“¹⁰ Damit wird zunächst wieder auf Kompetenzen verwiesen (ein Wissen um die Lage in der Türkei), aber auch eine nationalistische Grenze gezogen, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden kann: Solidarität werde idealerweise nur mit „ganz bestimmten Deutschen“¹¹ geübt. Anders interpretierte ein Leser namens *Muhittin*:

⁹ *Türkei-Information*, Nr. 14, 17.08.1982, 13.

¹⁰ *Türkei-Information*, Nr. 15, 10.12.1982, 15.

¹¹ Ebd.

„Offensichtlich tut hier ein zentrales und systematisches Eingreifen in die Ausländerproblematik not. Dies wiederum ist nur möglich, wenn wir die deutsche Linke überzeugen können, daß unsere Problem [sic] eigentlich ihre Probleme sind. Und dabei müssen wir ihnen die Chance geben, uns näher kennenzulernen. Und diese Aufgabe fällt uns zu.“¹²

Diese Einschätzung ist insofern bemerkenswert, als sie zweierlei postuliert: Erstens spricht sie an, dass es gemeinsame Schwierigkeiten gebe. „Unsere Problem[e]“ sind – so wird es im Kontext des Leserbriefs deutlich – das friedliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Kollegen. Der Text verlässt entsprechend sprachlich den transnationalen Raum und fordert dazu auf, gemeinsame Strategien und Ideen für das Politikfeld der „Ausländerproblematik“ in Westdeutschland zu entwickeln. Damit geht der Autor sprachlich ein Weg auf westdeutsche Linke zu, die sich maßgeblich mit der Frage auseinandersetzen, wie das hiesige Ausländerrecht Ungleichheit erzeugt. Interessanterweise wird hier die westdeutsche Linke als solche positioniert, die Solidarität bedarf. Als dritte, wiederum völlig verschiedene Antwort wird von einem *Kürsat* aus Hamburg neben partieller Zustimmung vor allem Kritik an der Haltung des *Türkei-Komitees* geäußert:

„Für die deutsche Linke muß aber die Kritik viel schärfer ausfallen, weil sie bisher die Arbeitsmigranten nicht einmal für existent gehalten hat. [...] Wir leben in der BRD; hier existieren günstigere äußere Bedingungen als in der Türkei, wo strenge Illegalität die Regel ist. Auch unsere deutschen Kollegen müssen über Ort, Zeit, Form und Praktikabilität von Aktionen mitentscheiden können. Dies ist in gemeinsamen Organisationen zu realisieren, die noch zu schaffen sind. [...] Wir glauben fest daran, daß die Kritik des *Türkei-Komitees* Frankfurt gut gemeint war. Das Problem liegt nur darin, gemeinsam beschlussfassende Organe zu schaffen. Da die Kampf- und Demokratietradition der deutschen Arbeiterklasse viel tiefer geht, haben die Türken von den Deutschen einiges zu lernen.“¹³

Wenngleich diese Zuschrift die Hoffnung auf ein solidarisches Miteinander zwischen deutschen und türkischen Linken nicht aufgeben möchte, so distanziert sie sprachlich dennoch die Gruppen, indem sie die nationalistischen Marker „Türken“ und „Deutsche“ weiterhin wie selbstverständlich nutzt und behauptet, die einen hätten von den anderen noch einiges zu lernen. Zentral scheint mir aber an dieser Zuschrift der Vorschlag, eine gemeinsame Organisation zu initiieren und gemeinsam Beschlüsse zu fassen. Gleichwohl scheint *Kürsat* ambivalent hinsichtlich der Frage, ob „Deutsche“ und „Türken“ jemals gemeinsam einen Kampf werden führen können.

Auf diese Diskussion wurde auch von Seiten deutscher Linker geantwortet. So schrieb ein *Harald* aus Berlin:

¹² Ebd.

¹³ *Türkei-Information*, Nr. 14, 10.12.1982, 16.

„Ihr [hier direkt angesprochen ist die Devrimci Yol, A. K.] sagt, die deutsche Linke würde die ausländische Linke instrumentalisieren und assimilieren. Das stimmt sicher bei sehr vielen deutschen Gruppen und Menschen. Ihr macht leider dasselbe mit den Kurden und den anderen Minderheiten aus der Türkei. [...] Ich glaube vielmehr, daß der Boden des Nationalismus der Arbeitsmigranten aus der Türkei in der Struktur der türkischen, kurdischen usw. Familie und Gesellschaft liegt. [...] Ihr habt Recht, wenn Ihr sagt, daß die deutschen und ausländischen Linken aufwachen und auf gleichberechtigter Basis gemeinsame Sache gegen die Ausländerfeindlichkeit machen müssen. Um langfristige Ausländerfeindlichkeit und überhaupt Nationalismus zu bekämpfen, ist nach meiner Meinung eine Art Kulturrevolution notwendig. Die Struktur der Familie und der Gesellschaft muß verändert werden.“¹⁴

Diese Replik ist zugleich ein Affront: Zunächst unterstellt sie den türkischen Linken ganz offensiv Nationalismus und Blindheit für die eigenen politischen Sünden; dann analysiert sie weiterhin die Probleme moderner Gesellschaften in den Familien- und Gesellschaftsstrukturen (die in einer Kulturrevolution überwunden werden müssen) – macht aber diese im Leserbrief lediglich auf Seiten der Türken aus. Sich ändern müssen also nach Meinung des Schreibers lediglich diejenigen, die als Türken angesprochen werden. Sie werden als homogene Gruppe adressiert und als Ganzes als rückständig dargestellt.

Anhand dieser Ausschnitte wird deutlich, dass Nationalismen auch in einer sich internationalistisch verstehenden Bewegung bedeutsam waren und möglicherweise noch immer sind. Weiterhin wird deutlich, dass Flucht auch im Kontext von Exil und den Herrschaftsverhältnissen im Herkunftsland diskutiert wurde: Den Protestierenden galt die Militärjunta in der Türkei als „faschistisch“,¹⁵ hierauf bezog sich aber nur ein Teil der Auseinandersetzung – wesentlich ging es in den Leser*innenbriefen eben auch um Solidarität mit (Arbeits)Migrant*innen in Deutschland.

Wenngleich in allen Briefen Solidarität auf der kommunizierten Ebene einen Anknüpfungspunkt darstellt, so unterläuft doch die Praxis der gegenseitigen Positionierung Versuche einer Entwicklung von gemeinsamen Problemdefinitionen oder Forderungen: Mit feigen Personen, Ignorant*innen, Chauvinist*innen, ... wollen die Schreibenden scheinbar nicht solidarisch sein. Insofern zeigt sich in der Solidaritätsdebatte auch ein Ausloten erfolgsversprechender politischer Koalitionen.

Die Frage danach, mit wem eigentlich Solidarität geübt werden sollte, fand nicht nur entlang einer nationalistischen Konstruktionslinie statt, sondern auch innerhalb der Gruppe der eher menschenrechtsorientierten Mehrheitsgesellschaft. So wurde in einem Interview folgendes zur Gründung von *Pro Asyl* erzählt:

¹⁴ Türkei-Information, Nr. 18, 12.04.1983, 15.

¹⁵ Z. B. Türkei-Information, Nr. 11, Dezember 1981, S. 8.

„Und das war ja interessant, dass im Grunde äh einige, die mitgemacht haben, nur drauf gewartet haben, dass das zusammenbricht, ne? Die hatten keine große Hoffnung darauf, und die wollten das auch nicht. Das Diakonische Werk wollte es nicht, Caritas wollte es auch nicht, ja? Die beiden großen und DRK hatte da auch eh keine Meinung zu, ja? Und die hatten halt mitgemacht, aber die waren immer so dagegen. Und es hat sich aber dann durchgesetzt, weil es wichtig war, dass doch eine Stimme da war. [...] Es gab erhebliche Widerstände gegen diese Gründung.“ (I 4 – Menschenrechtsaktivist, Z. 804–830)

Der Interviewpartner, ein Mitarbeiter in einer Menschenrechtsorganisation, reflektiert seine Beobachtungen zur Gründung der Organisation *Pro Asyl* in den 1980er Jahren. Dabei stellt er den andauernden Erfolg der Organisation als ursprünglich unwahrscheinlich heraus. Maßgebliche Wohlfahrtsorganisationen hätten von vornherein nicht darauf gesetzt, dass dieser Arbeitszusammenhang erfolgreich werden würde. Diese Reflexion ist insofern bedeutsam, als sie die Kooperation innerhalb der Gruppe der westdeutschen Flüchtlingshelfer*innen als eine entlarvt, die nicht nur Solidarität als Ziel hat, sondern auch weiteren Logiken folgt, etwa den Kontakt zu politischen Entscheidungsträger*innen weiter aufrecht zu erhalten.¹⁶ Zwar seien alle in die Kooperation eingestiegen, allerdings zunächst nicht mit Nachdruck. Stabilisiert habe sich die Kooperation erst über den Erfolg. Ähnlich den Passagen mit den starken gegenseitigen Positionierungen zeigt sich auch hier, dass die Sorge der Solidarischen vor den Konsequenzen ihrer Solidarität – solidarisiere ich mich möglicherweise mit der falschen Person oder verstimme ich dadurch möglicherweise andere Partner*innen? – eine relevante Reflexion darstellte.

4. Fazit

Die vorherige Analyse hatte zur Aufgabe, zu zeigen, wie über Solidarität diskutiert und mit welchen Haltungen und Positionierungen gearbeitet wurde, als die flüchtlingspolitische Bewegung in (West-)Deutschland noch in den Kinderschuhen steckte. Zwar war Solidarität eine weit verbreitete Chiffre, aber notwendige Voraussetzungen oder die latente Praxis des Positionierens als (nicht) der Solidarität würdigen Gruppe oder Person wurden kaum reflektiert.

In meiner Analyse habe ich herausgearbeitet, dass Aktivist*innen zumindest implizit eine doppelte Kompetenz des Kontextualisierens von Rechten/Einfordermöglichkeiten einfordern. Wenn Aktivisten wie Herbert Leuninger davon sprechen, Solidarität sei einfach spontan da, dann erweckt das den Eindruck, als könne jede*r einfach solidarisch handeln. Aber Kontaktaufnahme zu

¹⁶ In einem späteren Zeitungsbeitrag wird Jürgen Micksch, einer der Gründer von *Pro Asyl*, mit der Aussage zitiert, dass die großen Wohlfahrtsorganisationen Sorge hatten, durch die Unterstützung von *Pro Asyl* politische Ansprechpartner*innen zu verprellen. Vgl. „Hier im Paradies“, *Der Tagesspiegel*, 25.04.2015, S. 27.

Geflüchteten, das Erhärten von Problemlagen, das Entwickeln von Strategien der Öffentlichkeitsbewirtschaftung und Rechtforderungen scheinen Elemente der Solidaritätsarbeit gewesen zu sein, von denen die Annahme bestand, dass es ohne sie nicht (gut) gehen konnte. Das läuft auf ein Solidaritätsverständnis hinaus, wonach solidarisch nur handeln kann, wer eben gewisse Kompetenzen einbringt.

Hinsichtlich der Frage, wer eigentlich mit wem solidarisch sein wollte, habe ich starke gegenseitige Positionierungen festgestellt: Diese lassen sich sowohl auf Seiten der Nicht-Geflüchteten wie auch auf Seiten der Migrant*innen finden. Am Beispiel der alternativen Türkei-Solidarität lässt sich zeigen, dass die Kämpfe der Geflüchteten vorwiegend ihre eigenen blieben. Meine Studie zeigt entsprechend, dass sich hier wie anderswo in der Bewegung das Denken in starken Nationalkollektiven und die Dichotomie Inländer–Ausländer reproduzierte. Die abschließenden Beispiele konnten zeigen, dass eine konsequent solidarische Haltung im Sinne eines bedingungslosen Interesses an einem gemeinsamen Kampf selbst in sich als migrationsfreundlich und internationalistisch verstehenden Kreisen nicht durchgehend gegeben war.

Literatur

- Bade, K.J. (2000): *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München: Beck.
- Bayertz, K. (1998): Begriff und Problem der Solidarität, in K. Bayertz (Hg.): *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 11–53.
- Borgmann, M. (2019): Disenfranchisement in the course of political reorganization. Accommodation and social assistance for asylum seekers in West Berlin and Hamburg, 1973–1982. *Erdkunde*, 73. Jg., H. 1, 47–61.
- Bösch, F. (2017): Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer „Boat People“ in der Bundesrepublik. *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 14. Jg., H. 1, 13–40.
- Della Porta, D. (Hg.) (2018): *Solidarity mobilizations in the 'refugee crisis'. Contentious moves*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Franz, F. (1981): Die Krise des Asylrechts – Wege zu ihrer Überwindung, in W.G. Beitz, M. Wollenschläger (Hg.): *Handbuch des Asylrechts. Unter Einschluß des Rechts der Kontingentflüchtlinge. Band 2 Verfahren, Rechtstellung und Reformen*. Baden-Baden: Nomos, 775–810.
- Herding, R., Bartscher, B., Müller, H.G. (1985): Solidarität schadet! Schadet Solidarität? *Medium*, 15. Jg., H. 4–5, 77–85.
- Karakayali, S. (2019): Helfen, Begründen, Empfinden. Zur emotionstheoretischen Dimension von Solidarität. *WestEnd*, 16. Jg., H. 1, 101–112.

- Kewes, A. (2019): The Production of Intersubjective Certainty in the Early West German Refugee Movement, in M. Hoesch, L. Laube (Hg.): *Proceedings of the 2018 ZiF Workshop „Studying Migration Policies at the Interface between Empirical Research and Normative Analysis“*. Münster: ULB Münster, 51–69. Verfügbar unter doi: 10.17879/95189440086, (abgerufen am 29.01.2020).
- Kimminich, O. (1978): Die Geschichte des Asylrechts, in Amnesty International (Hg.): *Bewährungsprobe für ein Grundrecht. Art. 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“*. Baden-Baden: Nomos, 19–65.
- Klausmeier, S. (1984): *Vom Asylbewerber zum „Scheinasylanten“*. *Asylrecht und Asylpolitik in der Bundesrepublik seit 1973*. Berlin: EXpress Edition.
- Kleinschmidt, J. (2018): Streit um das kleine Asyl. „De-Facto-Flüchtlinge“ und Proteste gegen Abschiebung als gesellschaftspolitische Herausforderung für Bund und Länder während der 1980er Jahre, in A. Jaeger, J. Kleinschmidt, D. Templin (Hg.): *Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren*. Essen: Klartext, 231–258.
- Leuninger, H. (1992): Pro Asyl und das Loch im Netz. *Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe*, 83–97.
- Münch, U. (1992): *Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen*. Opladen: Leske & Budrich.
- Odugbesan, A.; Schwiertz, H. (2018): „We Are Here to Stay“ – Refugee Struggles in Germany Between Unity and Division, in S. Rosenberger, V. Stern, N. Merhaut (Hg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*. Cham: Springer, 185–203.
- Poutrus, P.G. (2016): Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er Jahren bis zur Grundgesetzänderung im vereinten Deutschland von 1993, in J. Oltmer (Hg.): *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 853–893.
- Poutrus, P.G. (2019): *Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Reuther, T., Uihlein, H. (1985): *Asyl. Anspruch, Praxis, Beratung*. Freiburg i. Br.: Lambertus.
- Rosenberger, S., Stern, V., Merhaut, N. (Hg.) (2018): *Protest Movements in Asylum and Deportation*. Cham: Springer.
- Seibert, N. (2008): *Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus 1964–1983*. Münster: Unrast.
- Söllner, A. (1986): Westdeutsche Asylpolitik. *Leviathan*, 14. Jg., H. 4, 496–527.
- Steinhilper, E., Fleischmann, L. (2016): Die Ambivalenzen eines neuen Dispositivs der Hilfe. Zur Rolle der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen seit dem langen Sommer der Migration, in A. Scherr, G. Yüksel (Hg.): *Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit. Neue Praxis: Sonderheft, 13*. Lahnstein: neue praxis, 60–72.
- Stierl, M. (2019): *Migrant Resistance in Contemporary Europe*. London: Routledge.
- Templin, D. (2017): Asyl in Hamburg? Flüchtlinge aus der Türkei und die Debatte um Asyl und Auslieferung in den frühen achtziger Jahren, in Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): *Zeitgeschichte in Hamburg 2016*. Hamburg: Selbstverlag, 68–87.

- Templin, D. (2018): Mit dem Kopf in der Türkei, mit dem Fuß in der BRD. Zugänge zur Geschichte politischer Flüchtlinge aus der Türkei im Hamburg der 1980er Jahre, in N. M. Fahnenbruck, J. Meyer-Lenz (Hg.): *Fluchtpunkt Hamburg. Zur Geschichte von Flucht und Migration in Hamburg von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 197–212.
- Ther, P. (2017): *Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa*. Berlin: Suhrkamp.
- Trommer, I.; Wagner, G. (2019): Mitleid und Krise. Zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik. *WestEnd*, 16. Jg., H. 1, 123–133.
- Wagner, G. (2019): Helfen und Reziprozität. Freiwilliges Engagement für Geflüchtete im ländlichen Raum. *Zeitschrift für Soziologie*, 48. Jg., H. 3, 226–241.
- Wolff, Biggi (1985): Einige Thesen zur Widersprüchlichkeit von Asylarbeit. *Die Brücke*, H. 27, 11–12.
- Wolken, S. (1986): Vom Asylbewerber zum „Scheinasylanten“ – das Grundrecht auf Asyl als Problem der Rechtspolitik, in G. Lind, G. Köfner (Hg.): *Asylrecht und Asylpolitik – eine Bilanz des letzten Jahrzehnts: Dokumentation einer Tagung vom 8./9. November 1985*. Bergisch Gladbach: Gustav-Stresemann-Institut, 43–78.
- Wright, T. C. (2014): Chilean Political Exile in Western Europe, in K. Christiaens, I. Goddeeris, M. Rodríguez García (Hg.): *European Solidarity with Chile – 1970s–1980s*. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 47–66.

Grundlagen der Sozialen Arbeit ist eine Reihe, die eine interdisziplinäre Ausrichtung anstrebt. Sie richtet sich an die Vertreter*innen aus der Praxis, den Fachverbänden, der sozialpolitisch interessierten Öffentlichkeit und der Wissenschaft. Alle Bände der Reihe durchlaufen vor der Veröffentlichung ein unabhängiges peer-review-Verfahren.

Solidarität ist in Bewegung geraten. Spätestens seit dem langen Sommer der Migration erleben wir, wie in regionalen und transnationalen Allianzen kreative Ideen für ein solidarisches Zusammenleben in der Weltgesellschaft entstehen – zugleich manifestiert sich eine Abschottungspolitik gegenüber geflüchteten Menschen. Der Band nimmt dieses Spannungsfeld zum Ausgangspunkt, um neue Felder solidarischen Handelns wie Seenotrettung, Klimaaktivismus oder solidarische Theaterformen für die Soziale Arbeit zu explorieren. Die Beiträge fragen vor diesem aktuellen Hintergrund ganz grundlegend nach dem verbindenden Potenzial von Solidarität jenseits eines dichotomen Denkens in ein ‚wir‘ und ‚die anderen‘. Hierbei gehen die Autor*innen von der gemeinsamen Schnittmenge aus, dass Menschen, Lebewesen, Natur und Ökonomie auf der ganzen Welt miteinander in Beziehung sind. In Form von Aufsätzen und Essays gibt der Band einen All-Round-Einblick in ausgewählte Schreiblabore und Handlungspraxen von Wissenschaftler*innen, zivilgesellschaftlichen Protagonist*innen und Künstler*innen. Schrittweise bringen die Autor*innen den Diskurs um ein weltoffenes, nachhaltiges und geselliges Verständnis von Solidarität für soziale Handlungsfelder und die Soziale Arbeit in Bewegung.

Herausgegeben von

Marc Hill ist assoziierter Professor am Institut für Erziehungswissenschaft der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.

Caroline Schmitt ist Professorin für Migrations- und Inklusionsforschung am Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.



Schneider Verlag Hohengehren GmbH